



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 31. Sitzung des Ausschusses für
Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde
am 07.11.2017, 18:15 Uhr,
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 30. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 10.10.2017
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - 7.1. Auswertung Dialogdisplay Breite Straße und Auswertung der Messungen des Landesumweltamtes
 - 7.2. Vorschlag für zukünftige Straßenbenennungen mit Frauennamen
 - 7.3. Durchführung des Rückbaus Märkische Heide
 - 7.4. Information zur Stadtumbaustrategie/Eckpunktepapier
 - 7.5. Sonstige Informationen
8. Informationsvorlagen

9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/-innen, der Vorsitzenden der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung
10. Information, Diskussion und empfehlende Beschlussfassung zur Absichtserklärung der Stadt Eberswalde bzgl. der angestrebten kommunalen Übernahme des Schleusenbetriebes / Schleusenregimes innerhalb der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Region Finowkanal
11. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
- 11.1. **Vorlage:** BV/0561/2017 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
 Grundsatzbeschluss zur Weiterführung des Programms "Soziale Stadt" im Brandenburgischen Viertel
- 11.2. **Vorlage:** BV/0562/2017 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
 Stadtteilentwicklungskonzept Brandenburgisches Viertel (STEK BV)
- 11.3. **Vorlage:** BV/0565/2017 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
 Vorplanung der Verkehrsanlage Karl-Marx-Ring 27 - 33
- 11.4. **Vorlage:** BV/0568/2017 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
 Entwurfsplanung und Baubeschluss der Verkehrsanlage Wildparkstraße von Walter-Kohn-Straße bis Drehnitzstraße
- 11.5. **Vorlage:** BV/0573/2017 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 60 - Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft
 Zusatzvariante Waldsportanlage
 - Genehmigung der Entwurfsplanung und Baubeschluss
- 11.6. **Vorlage:** BV/0563/2017 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Eberswalde
 - Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB
 - frühzeitige Beteiligung gemäß § 2 Abs. 2, § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB

1.7. **Vorlage:** BV/0569/2017

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 83 - Zoo

Genehmigung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für den Ersatzneubau der Kühl- und Kälteanlagen sowie Installation einer Wärmerückgewinnung im Zoologischen Garten Eberswalde

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Wolff begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die 31. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt (ABPU).

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Wolff stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der ABPU beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Zu heutigen ABPU-Sitzung sind **10 Mitglieder und 1 zusätzliches Mitglied mit aktivem Teilnahmerecht** anwesend (**Anlage 1**).

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 30. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 10.10.2017

Schriftliche Einwendungen liegen nicht vor, mündliche Einwendungen werden nicht vorgetragen.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Herr Wolff nimmt Bezug auf die von der Fraktion DIE LINKE in die Stadtverordnetenversammlung am 26.10.2017 eingebrachte Beschlussvorlage Nr. BV/0567/2017 „Übernahme des Finowkanals in kommunale Hand“ und informiert, dass die Beschlussvorlage von der Stadtverordnetenversammlung in die Ausschüsse verwiesen und vor der heutigen Sitzung an alle Mitglieder und sachkundigen Einwohner verteilt wurde (**Anlage 2**). Er erläutert, dass die Aufnahme der Beschlussvorlage in die Tagesordnung aufgrund des bereits für den ABPU gemäß der Geschäftsordnung erfolgten Versands der Sitzungsunterlagen nicht erfolgen konnte.

Herr Wolff stellt im Namen der Fraktion DIE LINKE den Antrag, die Tagesordnung um den TOP der Beschlussvorlage BV/0567/2017 „Übernahme des Finowkanals in kommunale Hand“ zu erweitern und begründet die Eilbedürftigkeit mit der für November 2017 festgelegten Beratungsfolge der im unmittelbaren Zusammenhang stehenden Beschlussvorlage BV/0577/2017 „Absichtserklärung zur möglichen Übernahme der Schleusen am Finowkanal“. Er erläutert, dass eine Beratung beider genannten und eng im Zusammenhang stehenden Beschlussvorlagen zeitgleich in den Ausschüssen erfolgen sollte; dementsprechend ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE die Beratung in den Ausschüssen im November 2017 erforderlich.

Frau Oehler:

- erklärt, dass sie keine Notwendigkeit darin sieht, die Tagesordnung um den TOP der Beschlussvorlage BV/0567/2017 zu erweitern, weil die Fraktion DIE LINKE die Möglichkeit hat, ihr Votum zur Beschlussvorlage BV/0577/2017 „Absichtserklärung zur möglichen Übernahme der Schleusen am Finowkanal“ im Hauptausschuss am 16.11.2017 einzubringen; sie weist darauf hin, dass zum jetzigen Zeitpunkt den Fraktionen die Absichtserklärung noch nicht vorliegt und somit der Inhalt derer nicht bekannt ist; eine Aufnahme des zusätzlichen TOPs wird deshalb als nicht erforderlich angesehen

Abstimmungsergebnis über den Antrag der Fraktion DIE LINKE, die Tagesordnung um den TOP „BV/0567/2017 „Übernahme des Finowkanals in kommunale Hand““ zu erweitern: mehrheitlich abgelehnt

Herr Grohs stellt den Antrag auf Erteilung des Rederechts für Herrn Frank Killermann zum TOP 10 der heutigen Sitzung.

Abstimmungsergebnis zum Rederecht für Herrn Killermann: einstimmig zugestimmt

Frau Büschel stellt den Antrag auf Änderung der textlichen Fassung des TOP 10 „Information, Diskussion und empfehlende Beschlussfassung zur Absichtserklärung der Stadt Eberswalde bzgl. der angestrebten kommunalen Übernahme des Schleusenbetriebes / Schleusenregimes innerhalb der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Region Finowkanal“, die Worte „empfehlende Beschlussfassung“ zu streichen.

Herr Wolff stellt fest, dass keine Unterlagen zum TOP 10 vorliegen und damit die Möglichkeit einer Beschlussfassung nicht gegeben ist.

Herr Wolff stellt den Antrag auf Erteilung des Rederechts für Herrn Carsten Zinn zu den Tagesordnungspunkten 4 und 10.

Abstimmungsergebnis zum Rederecht für Herrn Zinn: einstimmig zugestimmt

Herr Zinn weist auf den § 35 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg hin, der inhaltlich aussagt, dass die durch die Fraktionen eingereichten Beratungsgegenstände ohne Korrektur aufzunehmen sind.

Abstimmungsergebnis zum Antrag von Frau Büschel auf Änderung der textlichen Fassung des TOP 10: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis zur vorliegenden Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Wolff informiert, dass die Beantwortung zu der von Frau Wagner im ABPU am 10.10.2017 unter TOP 7.3 „Information zur Änderung der Friedhofsgebühren- und Friedhofssatzung“ gestellten Anfrage vorab per Mail und am 25.10.2017 mit der Einladung und den Sitzungsunterlagen an alle Mitglieder und sachkundigen Einwohner versandt wurde.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Wortmeldungen

Herr Wolff schließt die Einwohnerfragestunde um 18:25 Uhr.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

TOP 7.1

Auswertung Dialogdisplay Breite Straße und Auswertung der Messungen des Landesumweltamtes

Frau Leuschner erläutert anhand der PowerPoint-Präsentation „Auswertung Breite Straße“ (**Anlage 3**) die Auswertung des Dialogdisplays und die Auswertung der Messungen des Landesumweltamtes.

TOP 7.2

Vorschlag für zukünftige Straßenbenennungen mit Frauennamen

Frau Fellner stellt die Vorschläge für zukünftige Straßenbenennungen mit Frauennamen anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 4**) vor und bittet um Diskussion in den Fraktionen und um eine Stellungnahme bis zur ABPU-Sitzung im Februar 2018. Es ist vorgesehen, dann einen entsprechenden Grundsatzbeschluss vorzubereiten.

TOP 7.3

Durchführung des Rückbaus Märkische Heide

Frau Fellner informiert, dass in der heutigen Sitzung über das Projekt vorab berichtet wird, weil vorgesehen ist, der Stadtverordnetenversammlung am 23.11.2017 eine Beschlussvorlage über den Vergabevorschlag für den Rückbau von Gebäuden und die Entsiegelung von Flächen auf der ehemaligen WGT-Liegenschaft „Märkische Heide“ zur Entscheidung vorzulegen.

Frau Fellner berichtet über das Gesamtvorhaben und Herr Dr. Knappe, UWEG mbH Eberswalde, erläutert die geplante Vorgehensweise anhand der PowerPoint-Präsentation (**Anlage 5**).

TOP 7.4

Information zur Stadtumbaustrategie/Eckpunktepapier

Frau Katrin Heinz, Büro Ernst-Basler und Partner, berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation zur Stadtumbaustrategie (**Anlage 6**) und nimmt Bezug auf die Beschlussvorlagen BV/0561/2017 und BV/0562/2017, die in der heutigen Sitzung unter TOP 11. „Beschlussvorlagen“ zur Vorberatung anstehen. Sie informiert, dass der Entwurf des Eckpunktepapiers „Fortschreibung der Stadtumbaustrategie für die Stadt Eberswalde“ mit dem Redaktionsstand vom 27.10.2017 (**Anlage 7**) vor der Sitzung an alle Mitglieder und sachkundigen Einwohner verteilt wurde und regt an, das Eckpunktepapier in den Fraktionen zu diskutieren und gemäß der zeitlichen Abfolge auf Seite 14 der PowerPoint-Präsentation, ein Feedback bis Ende November an die Verwaltung zu richten.

TOP 7.5

Sonstige Informationen

Frau Leuschner informiert anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 8**), dass der Landesverkehrsplan (LNVP) 2018 im Entwurf vorliegt und das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Brandenburg zu einer Onlinebeteiligung in der Zeit vom 23.10. - 04.12.2017 aufgerufen hat.

Frau Oehler:

- regt an, dass im Rahmen der Stellungnahme darauf hingewiesen wird, dass meistens einer der mitgeführten Waggons verschlossen ist, die Waggons des RE 3 auf der Strecke Berlin/ Eberswalde veraltet sind und dass die Information der Fahrgäste über betriebsbedingt veränderte Abläufe sehr sporadisch erfolgt und damit unbefriedigend ist

Frau Köhler nimmt Bezug auf die im öffentlichen Teil der 30. Sitzung des ABPU am 10.10.2017 unter TOP 9 von Frau Wagner gestellte Anfrage, ob die Grünphase für die Radfahrer an der Ampel Puschkinstraße/Eisenbahnstraße um ein paar Sekunden verlängert werden kann und informiert, dass die Anfrage an den Landesbetrieb Straßenwesen (LS) zur Prüfung weitergegeben wurde. Der LS antwortete folgendermaßen: „Durch den Umleitungsverkehr haben sich die Verkehrsströme von der Eisenbahnstraße in Richtung Knoten Friedenbrücke in Richtung Friedrich-Ebert- Straße verlagert. Es gibt an dieser Kreuzung einen starken Rechtsabbiegeverkehr. Mit Beginn der Bauarbeiten steigt der Verkehr von der Eisenbahnstr. in die Friedrich-Ebert-Str. von 317 Fahrzeugen auf 992 Fahrzeugen in der Spitzenstunde an. Deshalb wurde die Ampelanlage mit einem Grünpfeil (beleuchtetes Ampelsignal) ausgerüstet. Die Zeit für den Geradeausfahrer wurde von 40 Sek. auf 12 Sek. gekürzt. Die Wartezeit erhöht sich von 15 Sek. auf 31 Sek.. Dem Rechtsabbieger stehen 68 Sek. Freigabezeit zur Verfügung. Ein signalisiertes Rechtsabbiegen bedeutet, dass der geradeausfahrende Radfahrer Rot erhalten muss. Eine Verlängerung der Grünzeit für den Radfahrer ist gleichzusetzen mit einer Verkürzung der Rechtsabbieger. Die Leistungsfähigkeit der Umleitungsstrecke wird eingeschränkt. Rückstauerscheinungen auf der Eisenbahnstraße sind nicht ausgeschlossen.

Der O-Busverkehr in der Stadt ist sicherlich von einer Verkürzung der Grünzeit für den Rechtsabbieger stark beeinträchtigt. Der Umlauf der Fahrzeuge und die Fahrplanpünktlichkeit verschlechtern sich.“ Frau Köhler fügt hinzu, dass mit Fertigstellung der Baumaßnahme „Knotenpunkt Friedensbrücke“ eine Anpassung der Ampelschaltung durch den LS erfolgen wird.

Herr Schubert:

- regt an, dass nach Fertigstellung der Baumaßnahme der Grüne Pfeil für Rechtsabbieger am Knotenpunkt Eisenbahnstraße/Ecke Puschkinstraße wieder angebracht wird

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/-innen, der Vorsitzenden der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung

Herr Morgenroth:

- bezieht sich auf die im öffentlichen Teil der 30. Sitzung des ABPU am 10.10.2017 unter TOP 9 von Herrn Banaskiewicz getätigte Anregung zu prüfen, ob für den unteren Bereich der Kirchstraße eine Straßennamenumbenennung sinnvoll ist und fragt nach dem aktuellen Stand

Frau Fellner informiert, dass aufgrund der vielen Informationen auf der heutigen Tagesordnung die Beantwortung der Anfrage für die ABPU-Sitzung im Dezember 2017 vorgesehen ist. Sie berichtet, dass der Sachverhalt bereits geprüft wurde und regt an zu bedenken, dass sich bei einer Umbenennung eines Straßenabschnittes für 22 Wohnungen und 6 Gewerbeeinheiten ein großer bürokratischer und auch finanzieller Aufwand ergibt.

Herr Pringal:

- bezieht sich auf die Übersicht über den Sanierungsrückstand bzgl. der Sanitäreinrichtungen in den Kindertagesstätten, die vor der Stadtverordnetenversammlung am 26.10.2017 verteilt wurde und fragt, inwieweit durch die Verwaltung ein Maßnahmenplan zur Abarbeitung der Mängel in Arbeit ist oder die Bereitstellung finanzieller Mittel überdacht wurde

Frau Fellner antwortet, dass die Verwaltung bereits an Lösungsansätzen arbeitet und erläutert, dass eine Möglichkeit in der analogen Bearbeitung wie bei der Gehwegsanierung, in dem jährlich ein bestimmter Betrag an Haushaltsmittel für die kontinuierliche Sanierung bereitgestellt wird und einer gemeinsamen Abstimmung der Prioritätenliste, gesehen wird.

Herr Jede:

- berichtet über das Anliegen der Anwohner der Eberswalder Straße 121 – 146, dass die nördlich ausgerichtete Wand der neu errichteten Bushaltestelle in der Eberswalder Straße als Werbetafel gestaltet wurde und damit die Sicht für die Ausfahrten aus den Grundstücken Yamans Grillhaus, Püschel-Immobilien und der Bäckerei Tauer behindert, sie regen an, diese Wand ebenfalls ohne Werbung ausführen zu lassen

Frau Fellner sagt eine Prüfung durch das Tiefbauamt zu und dass die Verwaltung sich mit dem Unternehmen, das die Bushaltestellen gebaut hat, in Verbindung setzt.

- berichtet, dass ein Anwohner der Fritz-Weineck-Straße darauf hingewiesen hat, dass nach Freigabe eines Teilbereiches der Fritz-Weineck-Straße, im Bereich der Filiale der Lepi-Schuh GmbH, auf dem Gehweg ein Abstand von bis zu ca. 4 cm zwischen der Bordsteinkante und den Pflastersteinen zu verzeichnen ist und regt an, Nachbesserungen durch die Baufirma vornehmen zu lassen

Frau Fellner sagt eine Prüfung durch das Tiefbauamt zu.

- berichtet, dass er Bauarbeiten an dem ehemaligen Bahnhofshotel beobachten konnte und fragt an, was geplant ist

Frau Fellner erläutert, dass es derzeit Gespräche mit den Eigentümern und Investoren gibt und dass vorgesehen ist, dass Herr Götze im Dezember, im nicht öffentlichen Teil der ABPU Sitzung zu bauordnungsrechtlichen Vorgängen berichten wird. Er wird dann auch unter anderem zum ehemaligen Bahnhofshotel informieren.

Herr Grohs:

- fragt, ob die Mängel der Baumaßnahme in der Brunnenstraße endgültig beseitigt wurden

Frau Fellner berichtet, dass bezüglich der Mängelbeseitigungen bereits die Verwaltung und auch Herr Kurth als Landtagsabgeordneter an den LS herantreten sind und dass derzeit durch den LS der bis dato fehlende Regenwasseranschluss angeschlossen wird. Sie informiert, dass der fehlende Auftritt zum Bürgersteig noch immer ein Streitthema zwischen der Verwaltung und dem LS ist.

- fragt an, ob es nach Fertigstellung der Baumaßnahme „Knotenpunkt Friedensbrücke“ ein neues Verkehrskonzept für den Bereich Michaelisstraße gibt, weil die derzeitige Verkehrssituation in diesem Bereich so nicht bleiben sollte

Frau Fellner informiert, dass die Verwaltung die Parksituation in der Michaelisstraße im Blick hat, eine Reduzierung aber noch nicht vorgenommen wurde, weil die Situation nach Fertigstellung des Knotenpunktes Friedensbrücke abzuwarten gilt. Sie weist in diesem Zusammenhang unter anderem auf die nach Fertigstellung der Baumaßnahme veränderte Verkehrsführung in der Kreuzstraße hin, dass diese eine Sackgasse bleiben wird und von der Breite Straße aus dann nicht mehr passierbar ist, um die Fußgängerquerung in diesem Bereich zu sichern.

TOP 10

Information, Diskussion und empfehlende Beschlussfassung zur Absichtserklärung der Stadt Eberswalde bzgl. der angestrebten kommunalen Übernahme des Schleusenbetriebes / Schleusenregimes innerhalb der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Region Finowkanal

Herr Wolff informiert, dass der Antrag zur Aufnahme des Tagesordnungspunktes durch den Vorsitzenden der Fraktion Alternatives Wählerbündnis angeregt wurde und weist darauf hin, dass bereits unter TOP 4 der heutigen Sitzung das Rederecht für Herrn Zinn und Herrn Killermann eingeräumt wurde.

Herr Zinn informiert als Antragsteller des Tagesordnungspunktes, dass die Fraktion Alternatives Wählerbündnis in der Sitzung des Hauptausschusses am 19.10.2017 um Aufnahme des TOPs „Absichtserklärung zur möglichen Übernahme der Schleusen am Finowkanal“ in dem Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen bat, dieser aber abgelehnt wurde und die Fraktion sich daraufhin verständigt hat, einen entsprechenden Antrag auf Behandlung des TOPs in allen Fachausschüssen zu stellen. Er führt weiter aus, dass die Tagesordnung für die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 16.11.2017 den TOP zur Beschlussfassung „Absichtserklärung zur möglichen Übernahme der Schleusen am Finowkanal“ enthält. Herr Zinn merkt kritisch an, dass die Beschlussvorlage nicht fristgerecht dem Versand der Einladung beilag, sondern mit dem Vermerk „wird nachgesandt“ ausgewiesen ist. Er bittet darum, dass im Vorfeld des ASBKS und des AWF die kommunalrechtliche Klärung dazu erfolgt.

Herr Killermann gibt sein Statement aus der Sicht als Gründungsmitglied des Vereins Unser Finowkanal e.V. für den Erhalt des Finowkanals aus moralisch ideeller Notwendigkeit ab und geht dabei auf die vor 400 Jahren erfolgte erste Geburt zum Finowkanal ein. Er merkt an, dass der vor ca. einem halben Jahr mit einem Artikel in der Märkischen Oderzeitung getätigte Aufruf zum Erhalt des Finowkanals nicht genügend Beachtung fand und macht gleichfalls deutlich, dass nur wenige politische Vertreter auf dem internationalen Symposium zu den Binnen- und Nebenwasserstraßen in Leipzig anwesend waren, in dem über die entstandenen Potentiale mit den früher offenen Abwasserkanälen der Chemieindustrie und darüber, wie es derzeit floriert, berichtet wurde. Herr Killermann appelliert an die Moral, mit dem Ahnenerbe bedacht umzugehen und sich für den Erhalt des Finowkanals auszusprechen. Weiterführend erläutert er aus der Sicht als Unternehmer die materiell-wirtschaftliche Notwendigkeit des Erhalts und geht dabei auf die Wichtigkeit des zu unterstützenden Aufbaus des Wassertourismus am Finowkanal ein. Er regt an, dass sich parteiübergreifend für den Erhalt des Finowkanals durch konstruktives Handeln eingesetzt wird und angestrebt werden sollte, den maximalen Fördersatz zu verhandeln.

Herr Baaz:

- weist darauf hin, dass der Bund für den Erhalt und die Bewirtschaftung des Finowkanals verantwortlich ist und er sich mit der Absichtserklärung zur Übertragung des Finowkanals an die Kommunen der Verantwortung entziehen möchte; weiter führt er aus, dass auch mit dem dafür zur Verfügung gestellten Betrag über die Jahre hinweg keine finanzielle Absicherung gewährleistet werden kann; er verdeutlicht, dass die Kommune nicht in der Lage ist, den Finowkanal und die Schleusen zu übernehmen und zu finanzieren; seiner Meinung nach hat die Kommune genügend Aufgaben und finanzielle Verpflichtungen, denen sie gerecht werden muss, wie zum Beispiel die Straßensanierung etc. die dann nur noch eingeschränkt realisiert werden kann

Herr Jede:

- stimmt den Ausführungen von Herrn Baaz zu und geht auf die Anmerkungen von Herrn Killermann ein, mit denen er nicht konform gehen kann

Herr Prof. Dr. Peters:

- bekräftigt, dass die Entwicklung des industriellen Kulturerbes entlang des Kanals nur durch die Offenhaltung des Finowkanals entwickelt werden kann; er weist darauf hin, dass der Finowkanal aus der Historie heraus fundamental für die Stadt Eberswalde und damit der Erhalt der Schleusen von großer Bedeutung ist und die darin besteht, dass das industrielle Erbe, welches an unerschlossenen Objekten entlang der Wasserstraße vorhanden ist, realistischweise nur bei einer Offenhaltung des Kanals entwickelt werden kann; er regt an, die Verhandlungen mit dem Bund nicht vorzeitig abubrechen, sondern ernsthaft weiterzuführen unter Abwägung aller Risiken aber mit dem Vordergrund, dass das städtebaulich wichtige Kulturerbe der Stadt Eberswalde erhalten bleibt und unter Berücksichtigung der Verantwortung des Bundes

Herr Pringal:

- erläutert, dass der Finowkanal mit dem durch den Bund überarbeiteten Bundeswasserstraßengesetz als wirtschaftlich nicht mehr notwendig erklärt und damit durch die Oder-Havel-Wasserstraße ersetzt wurde; weiter führt er aus, dass der Bund lediglich die Pflicht hat, den Finowkanal zum Hochwasserschutz weiter zu betreiben und die Schleusen dafür nicht mehr benötigt werden; er bekräftigt die Ausführungen von Herrn Killermann und regt an, bei den Überlegungen zur Übernahme des Finowkanals mit der Übernahme der Schleusen zu beginnen, unter Berücksichtigung der zukünftigen Finanzierbarkeit

Herr Schubert stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, auf Beendigung der Diskussion, weil derzeit noch keine Beschlussvorlage einschließlich der Unterlagen vorliegt.

Frau Fellner geht auf die Anmerkung von Herrn Zinn ein und erläutert, dass die Absichtserklärung zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorliegt, weil sie noch nicht fertiggestellt ist und sich derzeit in der von dem durch die Verwaltung beauftragten Juristen in Prüfung befindet. Sie berichtet, dass die Verwaltung heute die Zustimmung vom Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Eberswalde (WSA) erhalten hat, dass die Absichtserklärung in einer öffentlichen Diskussion zur Abstimmung gestellt werden kann und davon ausgegangen wird, dass in den nächsten Tagen die abschließende juristische Prüfung eingeht, so dass dann die Beschlussvorlage umgehend nachgesandt werden kann und zur Diskussion vorliegt.

Frau Wagner:

- fragt, welche rechtliche Relevanz die Absichtserklärung hat oder ob sie nur inhaltlich geprüft wird

Frau Fellner bittet die Fragestellung im morgigen ASBKS an Herrn Prof. Dr. König zu richten.

Abstimmungsergebnis zum Antrag zur Geschäftsordnung: mehrheitlich befürwortet

TOP 11

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 11.1

Vorlage: BV/0561/2017

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt

Grundsatzbeschluss zur Weiterführung des Programms "Soziale Stadt" im Brandenburgischen Viertel

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die grundsätzliche Fortführung des Programms Soziale Stadt im Brandenburgischen Viertel über das Jahr 2019 hinaus.

Die Verwaltung wird beauftragt, als Voraussetzung zur Fortführung des Programms Soziale Stadt im Brandenburgischen Viertel ein integriertes Entwicklungskonzept zur Ausgestaltung des Programms Soziale Stadt ab 2020 zu erarbeiten.

TOP 11.2

Vorlage: BV/0562/2017

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt

Stadtteilentwicklungskonzept Brandenburgisches Viertel (STEK BV)

Frau Leuschner weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Beschlussvorlage eine Übersicht über die redaktionellen Änderungen zum STEK BV (**Anlage 9**) vor der Sitzung an alle Mitglieder und sachkundigen Einwohner verteilt wurde und diese Änderungen dann im Ausfertigungsexemplar entsprechend eingearbeitet werden. Sie informiert, dass gerne weitere Anregungen aus den Fraktionen entgegengenommen und nach entsprechender Prüfung im STEK BV aufgenommen werden.

Frau Oehler:

- regt an zu prüfen, ob das Herauslösen von einzelnen Blöcken tatsächlich im Sinne des städtebaulichen Kontext ist

Frau Wagner:

- nimmt Bezug auf die vor der Sitzung verteilte Übersicht zu den redaktionellen Änderungen zum STEK BV und regt an, die in der Übersicht auf der Seite 1 für die Seite 9 in der Spalte NEU vorgeschlagene Formulierung zu überarbeiten

Die Verwaltung sagt dies zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Stadtteilentwicklungskonzept Brandenburgisches Viertel (Stand 25.08.2017), Textteil (Anlage 1) und Kartenteil (Anlage 2) als Handlungsgrundlage der Stadt Eberswalde für die zukünftige Entwicklung des Brandenburgischen Viertels sowie die in Anlage 4 enthaltenen Abwägungsvorschläge der Verwaltung.

TOP 11.3

Vorlage: BV/0565/2017

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt

Vorplanung der Verkehrsanlage Karl-Marx-Ring 27 - 33

Frau Fellner erläutert, dass langfristig vorgesehen ist, das gesamte Gelände des Hubschrauberlandeplatzes zu entwickeln und mit der Beschlussvorlage die Erschließung der ersten Baugrundstücke erzielt wird. Sie weist darauf hin, dass es sich dabei um keine selbständige Anlage handelt und somit nicht an die Anlieger umlagefähig ist.

Herr Sven Glor, FPG Finow Plan GmbH, erläutert anhand der PowerPoint-Präsentation die Vorplanung der Verkehrsanlage Karl-Marx-Ring 27 – 33 (**Anlage 10**).

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Bau, Planung, Umwelt befürwortet die Vorplanung der Verkehrsanlage Karl-Marx-Ring 27 bis 33.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Entwurfsplanung zu fertigen.

TOP 11.4

Vorlage: BV/0568/2017

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt

Entwurfsplanung und Baubeschluss der Verkehrsanlage Wildparkstraße von Walter-Kohn-Straße bis Drehnitzstraße

Herr Reichling:

- weist darauf hin, dass im Plan 15 und im Text 20 Bäume angegeben sind, die gefällt werden sollen und dass die Baum Nr. 18 keine kleine Eiche, sondern eine Buche ist; er regt an, trotz der von Frau Köhler ausgeführten Erklärungen zur erforderlichen Fällung zu prüfen, ob diese Buche stehengelassen werden kann und die Buche der Nr. 19 durch Schnittmaßnahme zu erhalten

Frau Köhler informiert, dass es sich tatsächlich um 20 zu fällende Bäume handelt, so wie in der Sachverhaltsdarstellung dargelegt und sagt eine Korrektur in der Ausführungsplanung zu. In Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde werden 16 neue Bäume, davon 5 Blutbuchen, 5 Winterlinden und 6 Rotahornbäume gepflanzt. Weiter führt sie aus, dass Baum Nr. 18 tatsächlich eine Buche ist, der Baum aber gefällt werden muss, weil die Bäume, die davor stehen, gefällt werden müssen und die Buche dann freigestellt wird und sich damit als alleiniger Baum direkt an der Grundstücksgrenze zur Schule befindet. Frau Köhler erläutert, dass die Wurzeln von Baum Nr. 19 durch die erforderliche Hangsicherung aufgrund der notwendigen Gehwegverbreiterung entfernt bzw. geschädigt werden und ein Erhalt des Baumes nicht wahrscheinlich erscheint.

Frau Fellner sagt zu, die beiden genannten Bäume prüfen zu lassen und inwieweit die Standsicherheit nach der Baumaßnahme gewährleistet ist. Darüber hinaus nimmt sie Bezug auf die von Frau Köhler getätigten Ausführungen, die die Baumfällungen der Nr. 18 und 19 aufgrund der unmittelbaren Nähe zur Schule begründete.

Herr Wolff bittet darum, dass der Beschlussvorlage weitere Lagepläne zur Erläuterung der Regenentwässerung beigelegt werden.

Die Verwaltung sagt zu, die zusätzlichen Lagepläne am nächsten Tag im Ratsinformationssystem online zu stellen und sie der Beschlussvorlage als Anlage für die Stadtverordnetenversammlung beizufügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Entwurfsplanung zum Bau der Verkehrsanlage Wildparkstraße von Walter-Kohn-Straße bis Drehnitzstraße zu und beschließt vorbehaltlich der Bereitstellung von Fördermitteln den Bau.

Weiterhin wird die Verwaltung mit der Erstellung des Bauprogramms beauftragt.

TOP 11.5

Vorlage: BV/0573/2017

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 60 - Amt für Hochbau und Gebäude
technik

Zusatzvariante Waldsportanlage

- Genehmigung der Entwurfsplanung und Baubeschluss

Frau Fellner erläutert die Aufwendungen, Unterhalts- und Bewirtschaftungskosten, die in einem Auszug aus dem Bewirtschaftungskonzept (**Anlage 11**), welches Anlage der Beschlussvorlage zum Baubeschluss zur Basisvariante vom Juni 2017 war, dargestellt sind und dass darin die seit Mai 2017 vorgenommenen Veränderungen in roter Schrift dargestellt sind. Dieser Auszug wurde vor der Sitzung an alle Mitglieder und sachkundigen Einwohner verteilt. Des Weiteren erläutert sie die Darstellung auf dem im separaten Blatt dargestellte Auflistung der Basis- und Zusatzvariante, aus Abschreibungen, Auflösungen und Sonderposten (**Anlage 12**), welches während der Sitzung an die Mitglieder und sachkundigen Einwohner verteilt wurde.

Herr Jede:

- regt an, eigene Bushäuschen und nicht die von einem Unternehmen aufstellen zu lassen, um örtlich kostengünstige Werbung an den Wartehäuschen anbringen zu können

Die Verwaltung nimmt die Anregung zur Kenntnis.

Frau Wagner:

- weist darauf hin, dass die Sitzungsbehandlung der Beschlussvorlage von „nicht öffentlich“ in „öffentlich“ zu ändern ist

Die Verwaltung sagt die Korrektur zu.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die angepasste Entwurfsplanung mit den am 28.09.2017 beschlossenen Elementen der Zusatzvariante (Beschluss Nr. 32/250/17).
2. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Genehmigungsplanung und die Ausführungsplanung voranzutreiben und das Vorhaben danach umzusetzen.
3. Die Umsetzung steht unter dem Vorbehalt, dass Fördermittel in ausreichender Höhe zur Verfügung stehen und die Gesamtfinanzierung dadurch gesichert ist.

TOP 11.6

Vorlage: BV/0563/2017

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt

1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Eberswalde

- Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB

- frühzeitige Beteiligung gemäß § 2 Abs. 2, § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

1. Aufstellungsbeschluss

Die Einleitung des Aufstellungsverfahrens zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Eberswalde (rechtswirksam seit 17.11.2014) wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

Es ist vorgesehen, die Flächendarstellungen in folgenden Teilflächen zu ändern:

- Teilfläche Ä 1: Wohnbaufläche Finow Süd
- Teilfläche Ä 2: Abrundung Wohngebiet Südend
- Teilfläche Ä 3: Baufläche Schwärzeblick
- Teilfläche Ä 4: Waldsportanlage Finow

Die Größe der vier Teilflächen umfasst rund 19,8 ha (Größe Stadtgebiet: rund 9.357,8 ha).

Der Übersichtsplan mit den zu ändernden Teilflächen (unmaßstäblich) ist Bestandteil des Aufstellungsbeschlusses.

2. Auftrag zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung

Die Verwaltung wird beauftragt auf Grundlage des in Anlage 1 beigefügten Informationsblattes die Beteiligung der Öffentlichkeit und der betroffenen Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

3. Auftrag zur ortsüblichen Bekanntmachung

Der Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Eberswalde sowie Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie über die wesentlichen Auswirkungen der Planung sind ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 11.7

Vorlage: BV/0569/2017

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 83 - Zoo

Genehmigung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für den Ersatzneubau der Kühl- und Kälteanlagen sowie Installation einer Wärmerückgewinnung im Zoologischen Garten Eberswalde

Herr Morgenroth:

- weist darauf hin, dass der genannte Betrag für die außerplanmäßigen Auszahlungen im Beschlussvorschlag auf der Seite 1 der Beschlussvorlage nicht korrekt dargestellt ist

Die Verwaltung sagt eine Korrektur zu, dass die Höhe der außerplanmäßigen Auszahlungen wie folgt richtig heißen muss: 350.000,00 €

Frau Wagner:

- bittet um Ergänzung der Zahlen, wie der Energieverbrauch zum jetzigen Zeitpunkt ist und welcher Energieverbrauch mit dem Ersatzneubau erreicht werden könnte

Herr Dombrowski nimmt den Hinweis entgegen und sagt die Ergänzung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt außerplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 350.000,00 € für den Ersatzneubau der Kühl- und Kälteanlage sowie die Installation einer Wärmerückgewinnung im Zoologischen Garten Eberswalde.

Herr Wolff schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:30 Uhr.

Jürgen Wolff
Vorsitzender des Ausschusses
für Bau, Planung und Umwelt

Anja Guth
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Pkt. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge mi in die Niederschrift aufgenommen.

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
Siegfried Dombrowski zu TOP 11.7

- **Vorsitzender**
Jürgen Wolff

- **Stellvertreter des Vorsitzenden**
Eckhard Schubert

- **Ausschussmitglied**
Otto Baaz
Frank Banaskiewicz vertreten durch Herrn Morgenroth
Uwe Grohs
Martin Hoeck vertreten durch Frau Dr. Klavehn
Dr. Hans Mai vertreten durch Herrn Wrase
Jens-Olaf Melzow vertreten durch Frau Büschel
Karen Oehler
Roy Pringal

- **zusätzliches Ausschussmitglied**
Viktor Jede

- **sachkundige Einwohner/innen**
Richard Bloch anwesend ab 18:45 Uhr
Matthias Bohn
Stefan Grohs
Eckhard Hampel
Dr. rer. nat. Siegbert Kusserow
Andreas Reichling
Riccardo Sandow
Karin Wagner
Thomas Walther entschuldigt
Hartmut Wittig

- **Ortsvorsteher/in**
Werner Jorde

- **Dezernent/in**
Anne Fellner

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**

Bodo Heinrich

Prof. Dr. Jürgen Peters

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**

Bert Bessel

Katrin Heidenfelder

Birgit Jahn

Heike Köhler

Silke Leuschner

- **Gäste**

Glor

zu TOP 11.3

Katrin Heinz

zu TOP 7.4 , 11.1 und 11.2

Frank Killermann

zu TOP 10

Dr. Knappe

zu TOP 7.3

Carsten Zinn

zu TOP 10